

DIE LINKE.

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, den 18.10.2017

Vollversammlung am 18.10.2017, Änderungsantrag zum TOP B15 – IT-Ausgliederung in eine Tochter-GmbH der Stadtwerke:

Schnittstellen in der Städtischen IT reduzieren – keine Ausgliederung in eine GmbH

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Antrag der Referentinnen und Referenten wird wie folgt ersetzt:

1. Vom Vortrag der Referentinnen und Referenten wird Kenntnis genommen. Der Stadtrat stimmt dem geplanten Leistungsschnitt und Zielszenario, wie in Kapitel 2.2 beschrieben, **grundsätzlich nicht** zu.
2. **Die Stadtverwaltung wird beauftragt, unter Federführung des RBS in enger Zusammenarbeit mit dem künftigen IT-Referat die Überführung von Teilen der IT des RBS in das IT-Referat und den Eigenbetrieb it@m vorzubereiten.**
2.1 Insbesondere soll geprüft werden, ob das Projekt „Backbone Redesign“ (S. 6 der Vorlage) und die **Betreuungsübernahme der Verwaltungsdomäne beschleunigt werden kann.**
2.2 Insbesondere wird die Stadtverwaltung (Referat für Bildung und Sport, **IT-Referat**, Personal- und Organisationsreferat, Direktorium) beauftragt, unter Federführung des RBS dem Stadtrat die Aufgabenbereiche und Stellenkapazitäten zu benennen, die für die Steuerung der medienpädagogischen IT und der Dienstleistungen **von it@m** sowie entsprechend der gesamtstädtischen Regelungen für das dezentrale Informations-, Kommunikations- und Anforderungsmanagement (dIKA) im RBS verbleiben bzw. vom RBS in das noch zu gründende IT-Referat abgegeben werden müssen. **Die Betreuung auch der pädagogischen Domäne soll so bald als möglich durch it@m übernommen werden.**
3. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

Begründung:

Ein Hauptziel der aktuellen Umstrukturierungsdebatte war es, die Prozesse zu vereinfachen und die Zahl der Schnittstellen zu reduzieren. Mit der dauerhaften Auslagerung an eine Tochter-GmbH der Stadtwerke wird jedoch das genaue Gegenteil erreicht (Beispiele dafür: Nutzung des städtischen Rechenzentrums, unterschiedliche Betreuung der Verwaltungsdomäne).

Da der Stadtrat entschieden hat, ein IT-Referat einzurichten und den Eigenbetrieb it@m zu stärken, sollte dieser Weg konsequent weiter geführt werden. Denn nicht nur das IT-Referat muss eingerichtet und ausgebaut werden, sondern auch die GmbH müsste erst auf die künftigen

Aufgaben ausgerichtet werden. Da die übergroße Mehrheit der Beschäftigten im RBS den Wechsel in eine GmbH ablehnt, müsste zudem der massive Know-How-Verlust bewältigt werden.

Finanziell bringt die Ausgliederung in eine GmbH keine Vorteile. Die prognostizierten 2,11 Millionen Einsparungen sind mit großen Unsicherheiten behaftet (Anerkennung umsatzsteuerliche Organschaft? Folgekosten des Know-How-Verlusts?).

Auch die Personalgewinnung wird kaum erleichtert, da in der GmbH der Tarifvertrag TV-V gelten soll und in der Vorlage lediglich mit einer Steigerung der Personalkosten von 10 % gerechnet wird. Dadurch wird es auch der GmbH kaum möglich sein, leichter Fachkräfte zu binden. Denn der Vorteil „sicherer Arbeitsplatz bei der Stadt“ ist in einer GmbH ja nicht mehr gegeben – auch nicht in einer stadteigenen GmbH, wie das Beispiel der Städtischen Klinikum GmbH leider beweist.

Brigitte Wolf (DIE LINKE)

Cetin Oraner (DIE LINKE)

DIE LINKE Stadtratsgruppe

Rathaus, Marienplatz 8 • Stadtratsbüro: Zimmer 176 • 80331 München

DIE LINKE: Telefon: 089 / 233 – 252 35 • E-Mail: info@dielinke-muenchen-stadtrat.de